



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



## DR. JOSEPH M. A. H. LUNS

Generalsekretär der Nato

»Nato in a changing world«

20. MÄRZ 1975



Meine Damen und Herren,  
es ist mir eine besondere Freude, heute hier in Hamburg zu sein und zu Ihnen zu sprechen. Nicht nur deshalb, weil der Geist, der die Atmosphäre Ihrer Stadt in einer langen Geschichte geprägt hat, so viele uns Niederländern verwandte und mir darum natürlich sympathische Züge aufweist; sondern besonders auch, weil in diesem Welt- hafen, in dem Gedeih und Verderb seiner Bewohner in einem sehr hohen Grade vom Welthandel bestimmt wird, der Sinn für die gegenseitige Abhängigkeit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in anderen Teilen unserer immer kleiner werdenden Erde besonders geschärft ist. Daß es hier einen so stattlichen „Übersee- Club“ gibt, vor dem zu sprechen ich die Ehre habe, ist nur eines von vielen Beispielen für die Weltoffenheit der Hamburger. Vor Ihnen, meine Zuhörer, bedarf es keiner langen Begründungen für die Notwendigkeit unserer Allianz, die Freiheit und die freigewählte Lebensform unserer Völker in kraftvoller Zusammenarbeit zu wahren. Auch kann ich hier auf Verständnis rechnen, wenn ich die Lage dieser Allianz mit gleichem Akzent auf den Chancen wie auf den Risiken, denen wir gegenüberstehen, darstelle; zu den besten Eigenschaften des Kaufmanns wie des Seemanns, die in Ihrer Stadt von jeher eine besondere Rolle gespielt haben, gehören Risikobereitschaft ebenso wie Realitätssinn und Nüchternheit. Ich hoffe deshalb, daß unser Gespräch heute abend von fruchtbarem Einverständnis geprägt sein wird.

Lassen Sie mich zunächst von den Chancen sprechen, die die heutige Weltlage der Allianz bietet. Niemand von uns wird leugnen wollen, daß sich die Haltung der Sowjetunion gegenüber der westlichen Welt gewandelt hat. Der Wunsch, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den hochindustrialisierten westlichen Staaten Kapital und Technologie zum Ausbau der eigenen wirtschaftlichen Basis zu gewinnen, die Notwendigkeit, einer Auseinandersetzung an zwei Fronten nach Möglichkeit zu entgehen, und vielleicht auch die Einsicht, daß ein ungehemmtes Wettrüsten im Zeichen des Gleichgewichts des Schreckens sinnlos ist und ohnehin knappe Ressourcen verschlingt, haben es der Sowjetunion nahegelegt, auf die westlichen Entspannungsinitiativen einzugehen. Ich glaube, daß diese sowjetische Bereitschaft trotz einiger gegenteiliger Anzeichen in den letzten Monaten im wesentlichen fortbesteht. Die westlichen Regierungen sind ihrerseits weiterhin bereit, das Ausmaß dieser Entspannungsbereitschaft auszuloten; in einer Reihe von bilateralen und multilateralen Bemühungen – ich nenne hier nur die Genfer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Wiener Verhandlungen über gegenseitige ausgewogene Truppenreduzierungen und die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen – unternehmen die Alliierten in intensiver gegenseitiger Unterrichtung und Konsultation den Versuch, einige von den realen Spannungsursachen zu eliminieren oder doch zu begrenzen.

Ob dieser Versuch gelingen wird, ist zur Zeit noch offen. Wir hoffen es, müssen uns aber auch mit Geduld wappnen, denn Verhandlungen mit der Sowjetunion sind langwierig und führen erfahrungsgemäß meist erst im letzten Augenblick zu Ergebnissen. Wichtiger als Geduld zu üben, scheint mir jedoch, unsere Hoffnungen nicht zu hoch zu stecken. Auch nach einem erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen werden wesentliche Realitäten, die das Ost-West-Verhältnis bestimmen, bestehen bleiben. Für die Sowjetunion bedeutet Entspannung ja nicht die Beendigung der ideologischen Konfrontation zwischen dem Sozialismus und unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung. Breschnew hält ebenso wie Chruschtschow an der orthodoxen Lehre fest, wonach „friedliche Koexistenz“ nichts weiter bedeutet als den Verzicht auf die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs mit militärischen Mitteln; und selbst hier sind Ausnahmen möglich, wie etwa die „brüderliche Hilfe“ in nationalen Befreiungskriegen oder die „Verteidigung des Sozialismus“, wobei es eines „Antrags“ der solcherart zu Verteidigenden, wie das Beispiel der Tschechoslowakei beweist, nicht einmal bedarf. Und selbst wenn militärische Machtmittel ausgeschaltet bleiben: Die Sowjetunion hat andere Möglichkeiten, etwa durch das Provozieren, Schüren und Ausnutzen politischer oder wirtschaftlicher Konflikte oder sozialer Spannungen, die Ausdehnung ihrer Einflußsphäre voranzutreiben und die europäischen Staaten unter Druck zu setzen.

Wir können ferner nicht übersehen, daß die Sowjetunion noch immer weit davon entfernt ist, ihre militärischen Machtmittel in Europa auf einen friedensmäßigen Umfang zurückzuschneiden. Selbst wenn man die Polizeifunktionen, die die Sowjetarmee in Osteuropa wahrnimmt, realistischerweise in Rechnung stellt, gibt es keine Rechtfertigung für die Beibehaltung von hochmobilen, jederzeit einsatzbereiten Landstreitkräften in Mitteleuropa, die denen der NATO zahlenmäßig weit überlegen sind. Auch das rapide Anwachsen der sowjetischen Flotten in den Westeuropa umgebenden Meeren macht nachdenklich. Angesichts dieser Tatsachen fällt es mitunter schwer, vom langfristigen Entspannungswillen der Sowjets überzeugt zu bleiben. Stellt man ferner in Rechnung, daß sich politische Absichten sehr schnell ändern können, dann bleibt dem Westen keine andere Wahl, als sein Verteidigungspotential an den greifbaren militärischen Realitäten zu orientieren.

Die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung durch die amerikanischen Nuklearwaffen ist deshalb eine kardinale Voraussetzung für unsere Sicherheit; sie ist jedoch nur eine von mehreren Voraussetzungen, denn unser Verteidigungswille ist nur dann glaubwürdig, wenn wir uns nicht selbst in die Zwangslage versetzen, auf etwaige begrenzte militärische Operationen des Ostens entweder nicht oder nur mit Nuklearwaffen antworten zu können. Beides, nukleare wie konventionelle Verteidigung, ist angesichts der Stärke des Warschauer Paktes ohne die amerikanische Hilfe unmöglich; dies enthebt uns Europäer aber nicht der Notwendigkeit angemessener eigener Anstrengungen. Nur eine geschlossene, glaubwürdige Verteidigung, an der

alle Partner der Allianz nach ihren Kräften mitwirken, gibt den Regierungen der Staaten Westeuropas die Sicherheit, Konflikte mit der Sowjetunion im politischen, wirtschaftlichen oder auch gesellschaftlichen Bereich ohne Furcht vor militärischer Erpressung durchzustehen.

Freilich sind die psychologischen Voraussetzungen für ausreichende Verteidigungsleistungen in Europa ungünstiger denn je. Eine weithin in Wunschenkungen befangene Öffentlichkeit in vielen Staaten Westeuropas nimmt die Hoffnung auf Entspannung weitgehend bereits als Wirklichkeit und spielt mit dem Gedanken von Streitkräftekürzungen selbst vor einem erfolgreichen Abschluß der Wiener MBFR-Verhandlungen in unverantwortlicher Weise. Hinzu kommt eine andere, weit mächtigere Gefahr, die die Verteidigungsbereitschaft des Westens zu lähmen geeignet ist: Das beispiellose Anwachsen der Inflationsraten in den meisten Ländern und die Erschütterung des Weltwährungssystems gefährden die Stabilität der Wirtschaftsordnung der freien Welt. Inflation, Rezession und eine besorgniserregende Zunahme der Arbeitslosigkeit in den hochindustrialisierten Ländern der Allianz verunsichern die Menschen, zerstören ihre Hoffnung auf wachsenden Wohlstand, ja erschüttern ihr Vertrauen in die Erhaltung des erreichten Lebensstandards. Sie gefährden damit den sozialen Frieden und erhöhen die Anfälligkeit gegen revolutionäre Ideologien und Experimente. Die abrupte Verschlechterung der seit Jahren unveränderten terms of trade als Folge der gewaltig gestiegenen Preise für Energie, einige wichtige Rohstoffe und sogar einige Grundnahrungsmittel hat bei einigen westlichen Industrieländern zu enormen Zahlungsbilanzschwierigkeiten geführt. Dies und eine ebenfalls besorgniserregende innere Verschuldung drohen, einige dieser Staaten an den Rand des Zusammenbruchs ihrer Wirtschafts- und Währungsordnung zu bringen.

Es wäre nicht meine Sache, als Generalsekretär einer Verteidigungsallianz zu diesen Entwicklungen Stellung zu nehmen, wenn sie nicht inzwischen ein solches Ausmaß erreicht hätten, daß die politische und militärische Stärke unseres Bündnisses darunter zu leiden beginnt. Ihre unmittelbare Gefahr liegt darin, daß die Regierungen unter dem Druck inflationär steigender Staatsausgaben bei gleichzeitig sinkendem Steueraufkommen sich mehr und mehr genötigt sehen könnten, Einsparungen in den Verteidigungshaushalten zu beschließen. Eine solche Entwicklung würde das ohnehin schon auf ein Minimum zurückgeschnittene Verteidigungspotential der NATO so empfindlich schwächen, daß die gemeinsame Verteidigung gefährdet wäre. Die meisten Regierungen der Allianz haben diese Gefahr erkannt, und es ist mir eine Genugtuung, daß gerade die deutsche Bundesregierung immer wieder für einen ungeschmälerten Beitrag zu den Verteidigungsanstrengungen eintritt und damit eine positive Wirkung auf die übrigen Bündnispartner in dieser Frage ausübt. Wichtig ist aber auch, daß auch die Öffentlichkeit und die nationalen Parlamente sich dieser Zusammenhänge bewußt bleiben und die Regierungen nicht auf den scheinbar leichten Weg der Kürzung der Verteidigungsausgaben zwingen.

Eine solche Verkennung der Prioritäten würde für unsere gemeinsame Zukunft verhängnisvolle Folgen haben können. Denn nur wenn wir die Freiheit unseres Handelns nach außen ungeschmälert erhalten, sind wir in der Lage, unser Haus im Innern ohne Unterwerfung unter Pressionen oder gar Interventionen von außen so in Ordnung zu bringen, wie dies unseren freiheitlichen politischen und wirtschaftlichen Grundanschauungen entspricht.

Die Stabilität unserer Wirtschafts- und Sozialordnung wiederherzustellen und die Produktivität unserer Volkswirtschaften wieder voll zur Entfaltung zu bringen, ist zwar in erster Linie Aufgabe jeder einzelnen Regierung; es ist aber ebenso notwendig, daß auch die Menschen in unseren Ländern ihre Mitverantwortung dafür erkennen, die bisher oft übersteigerten Ansprüche an den echten Wachstumsmöglichkeiten der volkswirtschaftlichen Produktivität auszurichten.

Von ebenso großer Bedeutung für die Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität der Länder der Allianz ist ihr solidarisches Verhalten bei der Meisterung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Das Maß der gegenseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften des freien Europas untereinander und von den USA ist hoch; dem ungehinderten Zusammenwirken unserer wirtschaftlichen und politischen

Kräfte in unserem Teil dieser Hemisphäre – darauf brauche ich gerade in Hamburg kaum hinzuweisen – verdanken wir alle den beispiellosen Aufstieg unserer Länder in den letzten zwanzig Jahren. Es wäre über die Maßen kurzsichtig, wenn gerade jetzt isolationistisches Denken, eine Politik der Wiederaufrichtung von Handelsschranken oder eines unbekümmerten „sacro egoimo“ im monetären Bereich, in Europa oder den USA die Oberhand gewinnen sollte; sie könnte nur zur Katastrophe für alle führen.

Glücklicherweise sind sich die Regierungen der Allianz dieser Gefahr in hohem Maße bewußt. So besteht auch die Hoffnung, daß die sich abzeichnende gemeinsame Haltung der von der Erdölpreiserhöhung besonders betroffenen Staaten der freien Welt von den Erdölproduzentenländern ernstgenommen wird und eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zustande kommt. Dies würde auch auf die allgemeine Lage im Nahen Osten ausstrahlen, die immer noch große Gefahren auch für unsere Sicherheit bereithält. Noch wissen wir nicht, ob die Bemühungen des amerikanischen Außenministers zu einer Lösung führen werden, die das Lebensrecht aller Völker in diesem krisengeschüttelten Raum sicherer macht und den Ausbruch eines neuen Konflikts, der alle bisherigen an Härte und Auswirkungen weit übertreffen würde, verhindert. Doch eines ist sicher: Kein europäischer Staat könnte sich diesen Auswirkungen entziehen, auch wenn er noch so viel Bereitwilligkeit gegenüber arabischen Wünschen entwickeln sollte. Deshalb ist auch hier die Solidarität der alliierten Regierungen die einzige Grundlage für einen Erfolg der amerikanischen Friedensbemühungen.

Die Aufgaben, denen sich die Allianz in diesen gefahrvollen Zeiten gegenüberstellt, sind gegenüber früheren Jahren, wie Ihnen dieser kurze Überblick gezeigt haben mag, vielschichtiger geworden. Über die Aufrechterhaltung einer kraftvollen glaubwürdigen Verteidigung hinaus muß die Solidarität in allen anderen Bereichen weiterentwickelt werden, aus denen Gefahren entstehen können. Schon gibt es Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion nach Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beabsichtigt, unter Berufung auf die Konferenzergebnisse ihr Konzept von Frieden, Sozialismus und Demokratie durch Aktivierung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen im Westen verstärkt voranzutreiben.

Wir werden dem in Solidarität entgegenzutreten haben. Die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Griechenland und die Eröffnung einer Chance für die Demokratie in Portugal, die wir im letzten Jahr erlebt haben, ist von der Allianz einhellig begrüßt worden. Doch ist die Entwicklung in beiden Ländern noch nicht voll übersehbar, und die Gefahr, die die politische und wirtschaftliche Stabilität in einigen Ländern des Mittelmeerraums und damit die Südflanke der Allianz bedrohen, sind noch nicht gebannt. Eine einfache Lösung ist nicht in Sicht, und die Möglichkeiten der Allianz, sie herbeizuführen, sind äußerst begrenzt. Wir können nur wünschen, daß es den Regierungen in diesen Ländern mit der Unterstützung ihrer Völker gelingen wird, der derzeitigen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Meine Zuhörer, ich habe versucht, Ihnen ein realistisches Bild der Lage zu geben, der sich die Allianz in den vor uns liegenden Jahren zu stellen hat. Sie birgt große Gefahren, aber auch Hoffnung. Ich bin gewiß, daß es gelingen wird, die Gefahren zu meistern und der Hoffnung Raum zu geben, wenn wir die gleiche Geschlossenheit und die gleiche Entschlußkraft beweisen wie früher.

Wir alle sind dazu aufgerufen.

